Angebotsformular
005-26-00273

Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

BLB Aachen | Ruhr-Universität Bochum (RUB) | ECHEM Forschungsbau
Sicherheit- und Gesundheitsschutzkoordination
10-20-2191-24-001

Bitte reichen Sie Ihre Unterlagen zum Nachweis Ihrer Eignung folgendermaßen strukturiert ein:

1. **Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer**
2. **Erklärung zur Angebotsabgabe** und Einwilligungserklärung Datenschutz
3. **Anlage 1** Interessen und Beteiligungen
4. **Anlage 2** Zusammenarbeit mit Anderen
5. **Anlage 3** Erklärung zwingender Ausschluss
6. **Anlage 4** Erklärung Ausschluss
7. **Anlage 5** Haftpflicht zzgl. Nachweis der Deckungszusage der Versicherung
8. **Anlage 6** Angaben und Nachweise zur Projektleitung

Bei Bietergemeinschaften (ARGE) hat jedes Mitglied die Unterlagen zu Ziffer 1 - 7 und 9 einzureichen. Die Unterlage zu Ziffer 8 ist nur durch das vertretungsberechtige Mitglied einzureichen.

Sofern der Bieter sich bei der Einreichung von Nachweisen zu Umsatzerlösen / Mitarbeitern / Referenzen auf Nachunternehmer beruft, sind von diesen Nachunternehmern einzureichen:

9. **Anlage 7** Erklärung Nachunternehmer

ANGABEN ZUM WIRTSCHAFTSTEILNEHMER

Angaben zur Identität	
Name des Unternehmens:	
Postanschrift:	
Allgemeine Angaben	
Handelt es sich bei dem Wirtschaftsteilnehmer um ein Kleinstunternehmen, ein kleines oder ein mittleres Unternehmen*?	☐ Ja, ein Kleinstunternehmen ☐ Ja, ein kleines Unternehmen ☐ Ja, ein mittleres Unternehmen ☐ Nein

*** Kleinstunternehmen:** Unternehmen, die **weniger als 10 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **2 Mio. EUR nicht übersteigt.**
Kleine Unternehmen: Unternehmen, die **weniger als 50 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme **10 Mio. EUR nicht übersteigt**.
Mittlere Unternehmen: Unternehmen, bei denen es sich weder um Kleinstunternehmen noch um kleine Unternehmen handelt, die **weniger als 250 Personen beschäftigen** und deren Jahresumsatz **50 Mio. EUR nicht übersteigt** und/oder deren Jahresbilanzsumme **43 Mio. EUR nicht übersteigt.**

Weitere Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer

☐ Wir sind in einem amtlichen Verzeichnis zugelassener Wirtschaftsteilnehmer erfasst oder verfügen über eine gleichwertige Zertifizierung (z. B. Präqualifikation. Füllen Sie bitte die übrigen Angaben des vorliegenden Dokuments aus)

Bezeichnung des Verzeichnisses:

Web-Adresse, bescheinigende Stelle, genaue Angabe der Dokumente, die elektronisch abrufbar sind:

Nachweise und die Klassifizierung, aufgrund derer die Eintragung in das Verzeichnis oder die Zertifizierung erfolgt ist:

☐ Mit der Eintragung / Zertifizierung werden alle vorgeschriebenen Eignungskriterien abgedeckt. *

☐ Fehlende Angaben zu den vorgeschriebenen Eignungskriterien wurden ergänzt. *

*** Hinweis:** Die vom Bieter ausgewählten Referenzen sind klar zu benennen.

ERKLÄRUNG ZUR ANGEBOTSABGABE
UND EINWILLIGUNGSERKLÄRUNG DATENSCHUTZ

Wir reichen das vorliegende Angebot auf die ausgeschriebene Leistung ein und bestätigen hiermit die Richtigkeit aller in den vorgenannten Anlagen gemachten Angaben und Erklärungen. Alle Angaben und Erklärungen erfolgen freiwillig.

~~Wir erklären, dass wir nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt* oder Ingenieur* gemäß berechtigt sind und – sofern die Leistungsphase 4 der Objektplanung Gebäude der HOAI beauftragt werden soll - die Voraussetzungen nach § 70 BauO NRW zur Bauvorlageberechtigung erfüllt werden.~~

Die Unterzeichnenden sind sich bewusst und erklären sich damit einverstanden, dass der BLB NRW die von uns angegebenen Daten sowie die Daten in den im weiteren beigefügten Unterlagen, zum Zwecke dieses Vergabeverfahrens entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verarbeitet. Dies schließt ausdrücklich die Weitergabe dieser Daten an beauftragte und zur Verschwiegenheit verpflichtete Dritte zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens ein. Sofern die getätigten Angaben und/oder Unterlagen personenbezogene Daten von Beschäftigten oder Dritten enthalten, ist sichergestellt und auf Anfrage nachzuweisen, dass eine Übermittlung im Rahmen der Verfahrensbearbeitung zulässig ist. Die Hinweise zum Datenschutz haben wir zur Kenntnis genommen und, sofern erforderlich, den genannten Personen zur Kenntnis gegeben.

*Ist in dem jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfzeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG und Richtlinie 89/48/EWG gewährleistet ist.

,

Ort, Datum Unterschrift in Textform

ANLAGE 1

ERKLÄRUNG ZU INTERESSEN UND BETEILIGUNGEN

Hiermit erklären wir, dass unsere Unabhängigkeit (auch als verbundenes Unternehmen) von Ausführungs- und Lieferinteressen gegeben ist,

☐ wir mit folgenden Unternehmen auf folgende Art wirtschaftlich verknüpft sind (z.B. in Form einer Beteiligung):

☐ wir (auch als verbundenes Unternehmen) mit folgenden Arbeiten für dieses Projekt bereits beauftragt sind (Beispielsweise: Beratung für Dritte wie Nutzer, Projektsteuerung, Qualitätsüberwachung, Bauausführung, auch als Generalunternehmer):

☐ wir (auch als verbundenes Unternehmen) uns für folgende Aufträge bei diesem Projekt ebenfalls bewerben möchten (Beispielsweise: Beratung für Dritte wie Nutzer, Projektsteuerung, Qualitätsüberwachung, Bauausführung, auch als Generalunternehmer):

ANLAGE 2

ERKLÄRUNG ZUR ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN

BEZOGEN AUF DEN AUSGESCHRIEBENEN AUFTRAG

Hiermit erklären wir, dass wir:

☐ auf den Auftrag bezogen nicht in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeiten werden.

☐ mit folgenden Unternehmen auf den Auftrag bezogen zusammenarbeiten werden:

1. Angaben zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen zur Erfüllung der Eignungskriterien. Unterauftragnehmer, deren Nachweise zu Umsatzerlösen / Mitarbeitern / Referenzen berücksichtigt werden:

   Firmenname:
   Firmenname:
   Firmenname:

   Diese Unterauftragnehmer müssen die Erklärung Nachunternehmer ausfüllen.

2. Angaben zu Unterauftragnehmern, deren Kapazitäten nicht zur Erfüllung der Eignungskriterien in Anspruch genommen werden:

   Leistungen:
   Leistungen:
   Leistungen:

   Diese Unterauftragnehmer müssen die Erklärung Nachunternehmer ausfüllen.

☐ gemeinsam mit anderen Wirtschaftsteilnehmern am Vergabeverfahren teilnehmen.

Bezeichnung der teilnehmenden Gruppe:

und im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft aus den im Folgenden – vollständig aufgeführten – Mitgliedern bilden, die gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch haften:

1. Mitglied der ARGE:
2. Mitglied der ARGE:
3. Mitglied der ARGE:

Wir üben folgende Funktion in der Gruppe aus (z.B. Federführung):

Vertretung der Gruppe:
Herr/Frau

ist der/die bevollmächtigte Vertreter*in, der die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt.

Im Fall einer Arbeitsgemeinschaft ist eine Begründung erforderlich.

Begründung:

- ☐ wir werden erst durch das Eingehen der Gemeinschaft in die Lage versetzt, ein Angebot abzugeben und somit am Wettbewerb teilzunehmen oder/und
- ☐ die Mitglieder der Gemeinschaft haben zusammen einen nur unerheblichen Marktanteil oder/und
- ☐ andere Gründe:

ANLAGE 3
ERKLÄRUNG ZU ZWINGENDEN AUSSCHLUSSGRÜNDEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter keine der folgenden zwingenden Ausschlusskriterien bestehen*.

1. dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- §129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,3
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),3
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete);
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

2. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde.

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat mit einer Geldbuße belegt worden bin/sind. Der Auftraggeber ist berechtigt, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern, sofern auf unser Angebot der Zuschlag erteilt werden soll.

Hinweis: Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines o.g. Deliktes führt zum Ausschluss des Bieters, wenn nicht ein Ausnahmefall gegeben ist. Dabei ist es unerheblich, zu welchem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens der Auftraggeber von der Unzuverlässigkeit des Bieters erfährt.

*Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namenangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.

ANLAGE 4
ERKLÄRUNG ZU AUSSCHLUSSKRITERIEN

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass keine der folgenden Ausschlusskriterien bestehen*****:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen

   a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

   b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

   c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

§ 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen.

*Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namenangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.

ANLAGE 5

VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG BERUFSHAFTPFLICHTVERSICHERUNG

Wir verpflichten uns – spätestens im Auftragsfall – zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag eine

☒ **Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung**

☐ **Projekt-/Objektversicherung**

unverzüglich nach Vertragsabschluss abzuschließen mit folgenden Bedingungen:

Die Versicherung ist während der gesamten Vertragszeit zu unterhalten und nachzuweisen. Die Versicherung muss bei juristischen Personen mindestens dreifach maximiert sein, bei natürlichen Personen mindestens zweifach maximiert.

Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen je Schadensfall mindestens betragen:

für Personenschäden 3,0 Mio. EUR
für sonstige Schäden 5,0 Mio. EUR

Der Nachweis ist durch Vorlage der Erklärung zur Deckungszusage der Versicherung zu erbringen.

Mindestanforderung für die Angebotsabgabe ist die Erklärung der Versicherungsgesellschaft, dass im Auftragsfall eine Versicherung über die genannten Deckungssummen abgeschlossen wird oder eine verbindliche Eigenerklärung. Die Erklärung muss den Angebotsunterlagen als Nachweis beigelegt werden.

ANLAGE 6

ANGABEN ZUR VORGESEHENEN PROJEKTLEITUNG

PROJEKTLEITUNG UND STELLVERTRETENDE PROJEKTLEITUNG

Mindestanforderung zur Teilnahme am Verfahren ist eine abgeschlossene Ausbildung zum SiGeKo.

Die verantwortlichen Planer müssen über eine angemessene Berufspraxis - in der Regel mindestens drei Jahre - verfügen.

Projektleitung

Vor- und Zuname	
Unternehmen	
Art des Ausbildungsabschlusses	
Berufserfahrung in Jahren	Jahre

Stellvertretende Projektleitung

Vor- und Zuname	
Unternehmen	
Art des Ausbildungsabschlusses	
Berufserfahrung in Jahren	Jahre

ANLAGE 7

ERKLÄRUNG NACHUNTERNEHMER

Name des Bieters:

Name des Nachunternehmers (Büro / Unternehmen) Rechtsform	
Straße	
PLZ Ort	
Land	
Leistungsbilder die im Auftragsfall erbracht werden sollen	

Hiermit erklären wir, dass wir als Nachunternehmer für die o.g. Leistungen zur Verfügung stehen und dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter keine vergaberechtlichen Ausschlusskriterien (insbesondere keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 oder fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) bestehen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern, sofern auf unser Angebot der Zuschlag erteilt werden soll.

Die Qualifikationen der eingesetzten Mitarbeiter entsprechen den ausgeschriebenen Leistungen.

,

Ort, Datum Unterschrift in Textform